

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Alfons Velz
Plenarsitzung vom 19.03.2012

Es gilt das gesprochene Wort

Änderung des Artikels 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinsichtlich eines Stabilitätsmechanismus für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen,

Warum steht heute auf unserer Tagesordnung das Zustimmungsdekret mit der Dokument-Nummer 95? Ganz einfach: weil es sich beim Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union um einen gemischten Vertrag handelt und weil durch den Beschluss, Artikel 136 dieses Vertrages abzuändern, nicht nur die Föderalregierung, sondern auch die Regionen und Gemeinschaften zuständig sind.

Der Wichtigkeit des Themas wurde dadurch Rechnung getragen, dass dieses Zustimmungsdekret nicht im beschleunigten Verfahren durch die Plenarsitzung abgesegnet wird, wie dies bei einigen anderen Zustimmungsdekreten hier und heute der Fall ist, sondern dass sich der zuständige Ausschuss 1 mehrere Stunden lang ausführlich mit dieser Thematik beschäftigt und Experten zum Thema angehört hat.

Worum geht es eigentlich?

Dem Artikel 136 soll folgender Absatz angefügt werden, ich zitiere:

„Die Mitgliedsstaaten, deren Währung der Euro ist,

- können einen Stabilitätsmechanismus einrichten,
- der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebietes insgesamt zu wahren
- Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen.“

Man eröffnet also die Möglichkeit, einen Rettungsmechanismus zu erstellen. Die Abänderung dieses Artikels wäre rechtlich nicht unbedingt erforderlich, da schon durch Artikel 122, Absatz 2 finanzielle Hilfen für unverschuldet in Not geratene Mitgliedsstaaten erlaubt, trotzdem ist die Vertragsänderung hilfreich, weil er das Recht der Mitgliedsstaaten, außerhalb der EU einen dauerhaften Krisenbewältigungsmechanismus zu errichten, klarstellt.

Ein solcher Mechanismus ist unumgänglich, weil sich „Akteure auf den globalisierten Finanzmärkten die Macht angeeignet haben – oder man kann sagen, die Politiker haben es zugelassen“ – dieser Satz stammt nicht von mir, sondern von dem verehrten deutschen Altkanzler Helmut Schmidt anlässlich des letzten Bundesparteitags der SPD.

Sachlich gibt es mit Sicherheit Grund zur Kritik am ESM und am Rettungsschirm.

- Die Rettungsschirme sind organisierte Transferleistungen, verbunden mit Bürgschaften, für Griechenland, Portugal, Irland, etc.. Deutschland und Frankreich bürgen doch JETZT SCHON für deren Schulden – und zwar in Milliardenhöhe.
- Die Gefahr ist in der Tat, dass man mit dem Rettungsschirm vor

allem den Banken aus dem Schneider hilft, ohne sie zu verpflichten, für zukünftige Kreditvergaben eine bessere Risikoabdeckung durch eine höhere Eigenkapitalunterlegung zu organisieren.

- Die Gefahr ist außerdem, dass man mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus die Wirtschaftsleistung der unterstützten Länder abwürgt, indem man sie verpflichtet, sich sozusagen kaputt zu sparen.

Statt Wiederaufbauhilfe zu leisten, verzichtet man auf Konjunkturprogramme und sorgt dafür, dass diese Länder ihre Schulden nie wieder zurückzahlen können.

Das alles ist in der Tat in höchstem Maße absurd!

Die Rettungsfonds könnten also mittel- und langfristig zu einem Fass ohne Boden werden, wenn man sie nicht mit konkreten und greifbaren Perspektiven für die Menschen in schwächelnden EURO-Ländern verbindet!

- Wenn man den Menschen vor Ort keine wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven eröffnet, dann wird wohl regelmäßig eine Aufstockung von Rettungsfonds verlangt werden, ohne dass damit die gewünschte Wirkung erzielt würde.
- Außerdem nehmen die großen Länder gigantische Finanzrisiken in Kauf, wenn sie nicht gleichzeitig Aufbauhilfe leisten, und das wird sie mittelfristig mehr kosten als zum Beispiel die mit Eurobonds verbundene, zusätzliche Zinsbelastung für Deutschland und Frankreich (wobei man sich bei Frankreich durchaus fragen darf, wie lange die Franzosen überhaupt noch mit niedrigen Zinsen rechnen dürfen).

Realpolitisch betrachtet haben wir eigentlich jetzt schon Eurobonds, doch man traut sich nicht, den Begriff „Eurobond“ in den Mund zu nehmen und verunsichert damit die ohnehin nervösen Finanzmärkte und ruft die Raubtierspekulanten erst recht auf den Plan.

**So weit unsere Kritik am ESM und möglichen Fehlentwicklungen.
Aber gibt es auch Lösungsansätze?**

Wenn Europa in der Zukunft eine Chance haben soll, gibt es keinen anderen Weg als die europäische Einigung schneller als bisher voranzutreiben.

- Europa hat auf den Finanzmärkten nur dann eine Chance auf Stabilität, wenn es Einigkeit, Solidarität, Geschlossenheit und Zuverlässigkeit beweist. Das setzt unter anderem eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik voraus, die weit über sogenannte Rettungsschirme hinausgeht.
- Der Europäische Stabilitätsmechanismus mag ein erster Schritt in die richtige Richtung sein, wenn er aber isoliert bleibt, wird er kein Problem lösen, sondern es nur weiter in die Zukunft hinausschieben.
- Eine definitive Überwindung der augenblicklichen Euro- und Schuldenkrise erfordert weit mehr Anstrengungen, eine mutige Europapolitik und vor allem eine große Solidarität zwischen allen europäischen Staaten und darüber hinaus.

Dazu sind eine Reihe von Maßnahmen erforderlich. Lassen sie mich ein knappes Dutzend davon aufzählen:

1. Zu allererst brauchen wir einen Schuldenerlass für Griechenland durch die privaten Gläubiger und eine Rückkehr zu verantwortlicher Kreditvergabe. Zumindest sollten dies die Kreditgeber aus dem Griechenlanddebakel gelernt haben. Im Falle Griechenlands haben nämlich beide Seiten, Kreditnehmer und Kreditgeber, leichtfertig und fahrlässig gehandelt: die einen, weil sie das geliehene Geld für höhere Gehälter und Importgüter ausgegeben haben statt damit die eigene Wirtschaft aufzubauen und zu fördern, die anderen, weil sie die Risiken für ihre Kredite unterschätzt haben, nicht zuletzt auch weil sie sich blind auf die Fehleinschätzungen der Rating-Agenturen verlassen haben, die Forderungen gegen Staaten der Eurozone jahrelang als risikofrei klassifiziert und damit kläglich versagt haben. Hätten sich die Banken so rückversichert wie sie es bei uns tun, wenn wir beispielsweise einen Hausbaukredit in Anspruch nehmen wollen, wäre es nie zur Insolvenz Griechenlands gekommen.
Auf beiden Seiten haben wir also das erlebt, was man gemeinhin als „moral-hazard-problem“ bezeichnet.
Der für die privaten Geldgeber schmerzliche Schuldenschnitt wäre ein gutes Lehrgeld für die Kreditgeber, er würde die Kreditgeber dazu ermutigen, Euro-Staaten nur nach sorgfältiger Risikoprüfung Kredite zu gewahren.

2. Wir brauchen gemeinsame Kredite, also Eurobonds, allerdings unter klar definierten Bedingungen und mit Sanktionsmöglichkeiten. Würden nämlich Eurobonds blind zur Finanzierung insolventer Staaten eingesetzt, dann wäre der Weg einer nicht kontrollierbaren Transferunion beschritten. Es wird also wichtig sein, ganz klare Richtlinien für Eurobonds zu definieren. Andererseits werden ohne Eurobonds die Märkte der EU weiterhin misstrauen, ebenfalls ein unhaltbarer Zustand.

3. Wir brauchen eine Finanz- und Wirtschaftsunion – uns zwar eine richtige und keine halbherzige, wie sie bisher gelebt wird. Und wir brauchen eine deutliche Stärkung der Rolle und des Einflusses des EU-Parlaments.

4. Was wir noch brauchen sind europäische Konjunkturprogramme für schwächelnde Euro-Länder, Altkanzler Helmut Schmidt nennt das „Marshall-Pläne“.

Statt ein Land wie Griechenland dazu zu zwingen, sich kaputt zu sparen, muss ihm – nachdem man die Fehler der Vergangenheit, sprich die beispiellose Korruption ausgemerzt hat – ermöglicht werden, wirtschaftlich wieder aufzustehen, und das geht nicht mit Schuldenbremse für die öffentliche Hand, sondern mit massiver Aufbauhilfe.

Deutschland, das selbst einmal dank solch einer Aufbauhilfe zum Gewinner der EU aufsteigen konnte, ist hier besonders stark gefordert. Die schwarz-gelbe Koalition hat bisher in dieser Frage allerdings völlig versagt: statt zum Motor solcher Konjunkturprogramme zu werden hat sie bisher nur kurzfristig-egoistisch herumblaviert und gebremst und damit dem Misstrauen der Kapitalmärkte weiteren Vorschub geleistet. Helmut Schmidt hat dies zu oben erwähntem Anlass ganz einfach formuliert: „Die

Überschüsse der einen sind die Defizite der andern ... unsere Hilfsbereitschaft ist unerlässlich“.

5. Was wir brauchen, sind europäische, vor allem aber UNABHÄNGIGE Ratingagenturen.
6. Weiterhin brauchen wir ein Verbot bestimmter hoch spekulativer Finanzprodukte (ABS – CDS – CDO), die aus unseren Börsen Spielkasinos gemacht haben.
7. Wir brauchen ein Spekulationsverbot auf Nahrungsmittel und eine drastische Einschränkung der Spekulationsmöglichkeiten auf Rohstoffe.
8. Die Kreditschöpfungsfähigkeit von Banken muss eingeschränkt werden.
9. Wir brauchen effiziente, vor allen Dingen UNABHÄNGIGE Aufsichtsbehörden für alle Kreditinstitute.
10. Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer – womöglich eine Börsenumsatzsteuer.
11. Wir brauchen eine Solidarität über den jetzigen Rand Europas hinaus, wir brauchen gewaltige wirtschaftliche und humanitäre Projekte unter Einbeziehung des gesamten Mittelmeer-Raumes und Nordafrikas.

Es kann und darf doch nicht sein, dass in London Millionen-Bonuszahlungen an Manager gehen, die unsere Schulden-krise maßgeblich mit zu verantworten haben, während die Hälfte der spanischen Jugendlichen ohne Arbeit ist und wir massive

Flüchtlingsströme aus Nordafrika haben, weil es dort keine Lebensgrundlage für die Menschen gibt.

12. diese Liste ließe sich noch um einige Punkte erweitern, dazu gehört langfristig sicher auch eine Reform des Geldwesens, eine Entwicklung hin zu einer Weltwährung beispielsweise und vieles mehr.

Was wir allerdings nicht brauchen,

1. sind Showeffekte, Effekthaschereien, wie z. B. die von einer Partei heute hier geforderte Blockade der Ratifizierung der Abänderung von Artikel 136.
2. ist egoistisches, nationalstaatliches Denken des 19. Jahrhunderts. Das würde nur denen nutzen, die in letzter Zeit die gesamte Eurozone nur deshalb mächtig unter Druck haben setzen können, weil es eben an einer konsequenten und solidarischen gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa noch mangelt.
3. ist das, was der Präsident des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz vor einigen Wochen hier in Eupen als „Gartenzwerg-Ideologie“ bezeichnet hat: Wenn jeder weiter sein eigenes Süppchen kocht, werden die Raubtierkapitalisten und skrupellosen Spekulanten weiterhin leichtes Spiel in Europa haben.
Das wusste schon Cäsar im alten Rom: „Divide et impera“ war damals seine Devise. Dieses „Teile und herrsche“ nützt heute den Spekulanten.

4. ist ein Denken, das stark an das Denken derer erinnert, die mit und an den Grenzen Geld verdient haben. So sehr ich deren Nostalgie auch nachvollziehen kann, ein Rezept für eine erfolgreiche Zukunft ist das ebenso wenig wie die Wiedererrichtung von Mauern oder Schlagbäumen an den Nationalstaatsgrenzen.

5. ist ein Zickzack-Kurs hier im Parlament: Es ist zutiefst widersprüchlich und absurd, wenn gerade die Partei, die sich als einzige hier im Parlament deutlich gegen die Forderung aller anerkannten Fraktionen dieses Hauses ausgesprochen hat, die DG als eigenverantwortlichen, gleichberechtigten vierten Teilstaat in Belgien zu etablieren, jetzt von uns verlangt, dass wir das Bisschen „Macht“, das wir schon durch unsere jetzige Position im belgischen Staatsgefüge haben, leichtfertig missbrauchen und den belgischen Staat so einfach aus Übermut heraus förmlich erpressen sollen.
 Das hat mit Subsidiarität und Eigenverantwortlichkeit nichts zu tun und erinnert eher an pubertären Trotz um jeden Preis.

Die Zustimmung zur Abänderung von Artikel 136 zu blockieren, mag für Sensationshungrige ein reizvolles Szenario sein, denn damit könnte man in der Tat europaweit Aufsehen erregen. Man stelle sich das bildlich vor - ich sage es mal salopp - der ostbelgische Floh auf dem belgischen Schwanz des Hundes Europa schickt sich an, als Floh mit dem gesamten Hund zu wackeln.

Ein solcher Flohzirkus würde möglicherweise für einen Paukenschlag in den Medien sorgen, würde aber mit absoluter Sicherheit auf lange Sicht unserer Gemeinschaft erheblichen Schaden zufügen.

Außerdem: Sollte wirklich durch die Abstimmung hier in diesem Hause, ein europäischer Beschluss gekippt werden, wäre das noch Demokratie? Wenn die Volksvertretung von 75.000 Menschen eine halbe Milliarde Europäer sozusagen als Geisel nehmen würde, was hätte das noch mit Demokratie zu tun ?

Wir würden also nicht nur uns selbst einen Bärendienst erweisen, wenn wir durch unsere Blockade dem belgischen Staat die Ratifizierung der Abänderung des abgeänderten Artikels 136 dieses europäischen Vertrages erschweren oder unmöglich machen würden. Einziges Motiv für ein solch unsolidarisches Verhalten könnte das eventuelle Erheischen einer punktuellen Aufmerksamkeit der europäischen Medien bei gleichzeitiger Inkaufnahme langfristiger Nachteile für unsere Gemeinschaft sein.

Schon der Aufruf zu solch einem Verhalten muss daher klar und unmissverständlich als verantwortungslos gewertet werden. Durch solch leichtfertiges, unverantwortliches Handeln stellt sich jede Partei ins Abseits.

Wie viele andere demokratische Organisationen fühlt sich auch die ProDG-Fraktion den Prinzipien der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet. Unsere parlamentarische Demokratie und die Europäische Integration haben seit Beendigung des zweiten Weltkrieges große Fortschritte ermöglicht, vor allen Dingen für junge Menschen. Genau diese Fortschritte verlangen nun von uns, dass wir egoistische und parteistrategische Motive hintenan stellen und alles tun, damit europaweit die Chancen der jungen Menschen auf Freiheit, Bildung und Gerechtigkeit gewahrt bleiben und weiter ausgebaut werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.